

## MEDIENMITTEILUNG DER VERHANDLUNGSGEMEINSCHAFT BUNDESPERSONAL (VGB)

**Lohnleichheit beim Bund verbesserungswürdig**

Die Bundesverwaltung müsste bei der Lohnleichheit von Frau und Mann als leuchtendes Beispiel dastehen! Tut sie aber nicht. Die heute publizierten Ergebnisse der Lohnüberprüfung zeigen eine durchschnittliche unerklärliche Differenz von 3.3% zwischen den Frauen- und Männerlöhnen. Das deutet auf Lohndiskriminierungen hin, auch wenn eine Abweichung bis zu 5% zulässig wäre.

Die Verhandlungsgemeinschaft VGB, der die Personalverbände PVB, Garanto, VPOD und PVfedpol angehören, sieht Handlungsbedarf. Vor allem auch mit Blick auf einzelne Bundesämter, die die 5% Schwelle knapp unterlaufen. Und im Vergleich mit Verwaltungen, die bei ihren aktuellen Analysen wesentlich besser abschnitten. In den Kantonen Jura und Glarus lag die unerklärliche Differenz bei 0.5 resp. 1.3%, in den Städten Bern und Zürich bei 1.8 resp. 0.6%. Eine Erklärung sieht die VGB bei der heterogenen Anwendung des Lohnsystems: jedes Departement und jedes Bundesamt reiht neue Mitarbeitende nach eigenem Gutdünken ein, eine zentrale Kontrolle gibt es nicht. Es ist ein bekanntes Phänomen, dass Männer forscher auftreten als Frauen und ihr berufliches Potenzial auch höher eingeschätzt wird. Das wirkt sich begünstigend für einen höheren Einstiegslohn aus. Und das Lohnsystem bietet hier viel Spielraum. Zu viel, meint die VGB! Ein Beispiel: Für die Funktion der wissenschaftlichen Mitarbeitenden, in welcher in den letzten Jahren sehr viele Leute angestellt wurden, stehen 5 Lohnklassen zur Auswahl. In der Realität bedeutet dies, dass Mitarbeitende mit demselben Aufgaben- und Verantwortungsbereich bis zu 2'000 Fr. Lohnunterschied haben – pro Monat!

Der Bundesrat ist in der Pflicht, für eine diskriminierungsfreie Anwendung des Lohnsystems zu sorgen. Und dem eidgenössischen Personalamt die Aufgabe und die Kompetenz zu erteilen, eine griffige Kontrolle darüber auszuüben. Denn gerade die Bundesverwaltung hat in dieser Frage vorbildlich zu sein.

## Für Auskünfte:

- Christof Jakob, Präsident VGB und VPOD-Sekretär, Tel. 077 447 29 03
- Janine Wicki, Generalsekretärin PVB und VGB-Geschäftsleitung, Tel. 079 238 10 40